

"Europe als zweiter Pfeiler" in Die Zeit (26. Oktober 1984)

Quelle: Die Zeit. 26.10.1984. Hamburg. "Europe als zweiter Pfeiler", auteur:Becker, Kurt.

Urheberrecht: (c) Kurt Becker

URL: http://www.cvce.eu/obj/europe_als_zweiter_pfeiler_in_die_zeit_26_oktober_1984-de-0b58579f-473c-445d-bbbd-885ca5ab0afd.html

Publication date: 22/06/2015

Europa als zweiter Pfeiler

Sieben EG-Staaten wollen ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit stärken / Von Kurt Becker

Eine ungewöhnliche Ministerrunde aus sieben westeuropäischen Staaten schickt sich an, am Freitag und Samstag dieser Woche in Rom, ein anspruchsvolles Vorhaben in die Tat umzusetzen: eine organisierte europäische Eigenständigkeit in der Sicherheitspolitik des Nordatlantischen Bündnisses und mehr Ebenbürtigkeit im Umgang mit der Führungsmacht Amerika. Seit gut zwei Jahrzehnten geistert diese Idee als unabweisbare Notwendigkeit wirklicher Partnerschaft durch die Kanzleien der westeuropäischen Hauptstädte, ausgestattet mit dem Etikett eines „zweiten europäischen Pfeilers“ in der westlichen Allianz und Anfang der sechziger Jahre sogar verheißungsvoll unterstützt vom damaligen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy. Indes verdichtete sich der Wunsch nie zu realen Veränderungen. Nun jedoch sollen Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Als vertragliches Gehäuse für das römische Unterfangen wird die an diesem Wochenende vor dreißig Jahren in Brüssel gegründete, seitdem freilich still dahinschlummernde Westeuropäische Union genutzt. Mitglieder dieser Siebener-Union sind Frankreich und Großbritannien, die Bundesrepublik und Italien, schließlich die drei Benelux-Staaten. Alle sieben gehören dem westlichen Bündnis und zugleich auch der Europäischen Gemeinschaft an. Schon darin zeigt sich eine gewisse Pikanterie. Sie verdeutlicht die Schwierigkeit, ein Forum und einen vertraglichen Rahmen zu schaffen für die angestrebte größere Eigenverantwortlichkeit in der Sicherheitspolitik, ohne andere Partner zu düpieren.

Für Frieden und Sicherheit

Innerhalb des westlichen Bündnisses ließ sich dergleichen vor allem deshalb nicht arrangieren, weil Frankreich der Militärorganisation der Allianz seit 1966 nicht mehr angehört und auch jeden Anschein vermeiden will, es erwäge eine - und sei es eine verschleierte - reumütige Rückkehr. Auf der anderen Seite aber erwies sich auch der an sich naheliegende und politisch symbolträchtigere Weg über die Europäische Gemeinschaft als unbegebar.

Natürlich hätte es in der Logik der Einigungspolitik gelegen, die EG immer mehr mit dem Status einer politischen Union auszustatten, wozu am Ende dann auch eine Zuständigkeit für die äußere Sicherheit gehört, wenn Europa mehr sein will als eine Zollunion mit politischen Verzerrungen. Eine gemeinsame Verteidigungspolitik zählte Präsident François Mitterrand noch Ende Mai vor dem Europäischen Parlament zu den Erfordernissen einer immer enger zusammenrückenden EG. Doch im gleichen Atemzuge räumte er auch die „außergewöhnlichen Schwierigkeiten“ eines solchen Vorhabens ein. Ohnedies weiß jedermann, daß drei Gemeinschaftsmitglieder für Pläne dieser Art nicht zu haben sind: Irland, weil es nicht der Nato angehört, ferner Dänemark und Griechenland, weil sie aus innenpolitischen Gründen auf beträchtliche Distanz zum westlichen Bündnis bedacht sind.

Der Ausweg liegt deshalb in der Begrenzung auf sieben Staaten mit gleichen Interessen, die, auch wenn sie davon bisher kaum Gebrauch machten, allesamt Mitglieder der Westeuropäischen Union sind. Die Union ist nach ihrem vertraglichen Zuschnitt ein Verteidigungspakt mit strikter Beistandsverpflichtung im Konfliktfall. Darin besteht ein großer Vorteil.

Diese WEU-Konstruktion regt die Phantasie an. Die oft hin- und hergewendete Idee eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, das - um des Fortschrittes im Einigungsprozeß willen - nicht alle Mitgliedstaaten bei allem und jedem in die gleiche Pflicht nimmt, gewinnt hier wieder ein Stück Wirklichkeit. Immerhin ist auf diese Weise außerhalb des EG-Vertrages, aber getragen von der Mehrheit der EG-Mitglieder, schon das Europäische Währungssystem entstanden. Auch die sich gut entwickelnde Institution der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), welche die außenpolitische Kooperation regelt und im EG-Vertrag gar nicht vorgesehen ist, entstand durch einen freiwilligen Zusammenschluß. Es läßt sich jedenfalls darüber streiten, was die Westeuropäische Union künftig in erster Linie darstellt: eine europäische Blockbildung innerhalb der westlichen Allianz - oder eine exklusive sicherheitspolitische Variante der Europäischen Gemeinschaft.

Frankreich ist der unbestrittene Architekt der WEU-Lösung. Doch die Union der Sieben enthält, anders als bei manchen früheren französischen Denksätzen, keine gegen Amerika oder gegen das Westbündnis gerichtete Spitze. Weder verfügt die Westeuropäische Union über einen eigenen militärischen Unterbau, noch wird ein wie immer gearteter Generalstab aus der Taufe gehoben. Getreu dem Vertragstext werden alle militärischen Verteidigungsaufgaben weiterhin dem Atlantischen Bündnis übertragen.

Weil niemand an dieser Geschäftsgrundlage rüttelt, fiel es Washington nach flüchtigen Zweifeln leicht, dem europäischen Versuch zur größeren sicherheitspolitischen Eigenständigkeit zuzustimmen. Überdies wünschen sich die Amerikaner ja seit langem eine solche Entwicklung. Sie hoffen auf ein Europa im Bündnis, das möglichst mit nur einer Stimme spricht. Und sie erwarten am Ende - richtig oder falsch - eine größere europäische Beteiligung an der westlichen Verteidigung.

Moskau hingegen zog wortgewaltig gegen die Belebung der WEU vom Leder. Besonders polemisierten die Sowjets dagegen, daß diese Organisation das letzte, der Bundesrepublik noch auferlegte und in der Praxis völlig bedeutungslose Verbot - das der Produktion von Bombern und Raketen mit großer Reichweite - strich, wiewohl das entscheidende, nämlich der Bonner Verzicht auf atomare, biologische und chemische Waffen, uneingeschränkt in Kraft bleibt.

In Europa selber hat die gewünschte Renaissance der Westeuropäischen Union keineswegs von Anfang an begeistert. Als Paris Anfang des Jahres ein Memorandum über die künftige Ausgestaltung der Organisation vorlegte, schreckte Großbritannien zurück. Erst die Erkenntnis, daß es den Anschluß an eine nicht aufzuhaltende Entwicklung verpassen könnte, stimmte die englische Diplomatie um.

Ende dieser Woche werden nun die Außen- und Verteidigungsminister unter Vorsitz von Hans-Dietrich Genscher eine „Erklärung von Rom“ beschließen, die in zehn Punkten die politische Philosophie, die Aufgaben und Ziele der Westeuropäischen Union aufführt. Daraus ergeben sich die folgenden Schwerpunkte.

Erstens: Die WEU soll den Frieden und die Sicherheit stärken, vor allem durch die Einheit und den Konsens ihrer Mitglieder und durch die Ermutigung, am europäischen Einigungsprozeß festzuhalten. Politisch und geographisch bedingte Interessen der Europäer sollen durch ihre Bündelung die transatlantische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik fördern - sowohl bei der Abschreckung wie bei der Verteidigungskraft. Die Verteidigung selber bleibt Aufgabe der Allianz.

Vieles noch unausgegoren

Zweitens: Die Sicherheit im Vertragsgebiet des westlichen Bündnisses soll unteilbar sein. Der Verteidigungsanstrengung einerseits soll andererseits die Bereitschaft zum Dialog und Zusammenarbeit mit dem Osten entsprechen - so wie es die noch immer gültige Doppelstrategie der Harmel-Studie aus den sechziger Jahren festgelegt hat. Die WEU will ihr Gewicht besonders für den Dialog einsetzen. Hierzu gehört auch die Politik der Rüstungskontrolle und der Abrüstung. Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Felde mit Amerika wird angestrebt.

Drittens: Die europäische Leistungsfähigkeit und ihre Reserven sollen durch intensivere Zusammenarbeit wirkungsvoller genutzt werden, auch bei den Rüstungskapazitäten. Außer einem Impuls für gemeinsame Projekte strebt die WEU auch an, das bisherige riesige Übergewicht Amerikas bei Rüstungslieferungen an Europa (7 zu 1) angemessen auszubalancieren.

Viertens: Die WEU wird bei der Selbstdarstellung europäischer Identität und Interessen zum Forum für die politische Behandlung jener internationalen Krisenherde und ihre Wirkungen auf Europa, die in Regionen außerhalb des vertraglich geregelten Zuständigkeitsgebietes für das Bündnis entstehen. Diese Regelung entspricht zwar ebenso amerikanischen Wünschen wie den Interessen der Europäer. Doch die Sieben schaffen hiermit für ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit nicht nur eine völlig neue Dimension, sondern ebenso auch ein Problem von Brisanz. Denn diese Regel schließt *volens nolens* auch die Frage einer

militärischen Präsenz außerhalb des Allianz-Gebietes ein. Frankreich und Großbritannien - Italien im Falle des Libanon - haben da bisher stets nach eigenem Ermessen gehandelt, während die Bundesrepublik strikte Zurückhaltung wahrte. Es steht nun dahin, wie ein militärisches Auftreten in der Dritten Welt im WEU-Rahmen künftig vereinbart werden kann und wie sich dann die Partner zur deutschen Abstinenz verhalten werden.

Wie die Innenarchitektur der Organisation umgestülpt werden muß, damit die Bürokratie zukunftsgerecht genutzt werden kann, deutet ein Anhang zum Hauptdokument an. Das meiste ist noch unausgegoren. Soll das bisherige Rüstungskontrollamt nun für die Rüstungskontrollpolitik eingesetzt werden? Wird der Rüstungsausschuß Impulse für gemeinsame Projekte geben, ohne aber an bestehenden Bündniseinrichtungen völlig vorbeizuoperieren? Die Dynamik der WEU hängt vom Elan des Ministerrats (Außen und Verteidigung) ab, der zweimal im Jahr, notfalls auch *ad hoc* tagen will. Aber die parlamentarische Gegenseite, die Versammlung der Westeuropäischen Union, muß den Ministern Dampf machen. Zunächst ist die WEU in neuem Gewande vor allem eine Demonstration des politischen Willens, mehr Verantwortung zu übernehmen. Damit gehen die Sieben ein anspruchsvolles Obligo ein. Sie müssen sich einigen auf eine Analyse der Bedrohung durch die Sowjetunion oder der Auswirkungen von Krisen und Konflikten in der Dritten Welt auf Europa. Die Konsequenzen betreffen sie unmittelbar selbst, aber auch den transatlantischen Dialog mit Amerika. Das gleiche gilt, wenn sich Henry Kissingers Prophezeiungen erfüllen oder Senator Nunn sich eines Tages erfolgreich mit seiner Forderung nach einem drastischen amerikanischen Rückzug durchsetzen sollte, sofern die Europäer nicht ihren Beitrag zur westlichen Verteidigung steigern.

Da die künftigen Wege der WEU nicht als verschlungene Pfade zur Sonderbündelei im Bündnis oder gar als kaschierter Separatismus in der Nato ausgelegt sind, können die Sieben ihr Gewicht gegenüber Amerika erhöhen. Auch gegenüber dem Osten könnten sie ihre Position stärken, indem sie alle Moskauer Spekulationen zusammenbrechen lassen, daß die Europäer einfach Vasallen Amerikas sein möchten oder sich von ihrer Führungsmacht abkoppeln wollen. Schließlich geben die Sieben den Europäern selber das Signal, daß der Wille zu größerer Eigenständigkeit noch lebt.